

Rede von Bürgermeisterin Marion Dirks zur Einbringung des
Haushaltsplanentwurfes 2012 in der Ratssitzung am 11. Januar 2012

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

wegen der parallel notwendigen umfangreichen Arbeiten im Fachbereich Finanzen zur Erstellung der Eröffnungsbilanz, die ich im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung einbringe, mit knapp vierwöchiger Verspätung, aber immer noch rechtzeitig, um den avisierten Verabschiedungstermin 23. Februar 2012 zu halten, lege ich Ihnen heute den von unserem Kämmerer aufgestellten und von mir festgestellten Entwurf des Haushaltsplanes 2012 vor.

Sie erinnern sich alle an die Ausgangslage 2011. Die Nachricht über die für fast alle Münsterlandgemeinden verheerende Schwerpunktsetzung im Gemeindefinanzierungsgesetz erschütterte uns und führte zu langen Etatberatungen und schließlich zu der Erkenntnis, dass diese negativen Auswirkungen nicht aus eigener Kraft gestemmt werden können. Die Stadt Billerbeck erhält, wie viele andere auch, nicht die ausreichende Finanzausstattung durch das Land, um die Pflichtaufgaben zu erledigen. Von einer auskömmlichen Finanzierung zur Wahrung eines gewissen Gestaltungsspielraumes ganz zu schweigen. Ein Ansatzpunkt ist dabei der Sozillastenansatz. Dieses Vorgehen, das mehr als 300 Städte und Gemeinden von 396 in NRW benachteiligt, aus Sicht vieler Kommunen auch nicht mit der geltenden Verfassung in Nordrhein- Westfalen in Einklang zu bringen. Eine entsprechende Verfassungsbeschwerde, an der sich die Stadt Billerbeck beteiligt, ist am 23. Dezember 2011 eingereicht worden. So weist Herr Prof. Deubel, Gutachter für die beteiligten Städte und Gemeinden nach, dass das Land durch die Veränderung des Sozillastenansatzes den Städten und Gemeinden 2012 pro Bedarfsgemeinschaft 3.514 EUR mehr überweist, als ihnen an tatsächlichen direkten und indirekten Kosten entstehen. Dieser „Extrabonus“ bringt der Gemeinde für jede zusätzliche Bedarfsgemeinschaft 80% mehr Geld als Kosten. Dazu ist kein weiterer Kommentar nötig.

Trotz dieser schwierigen Situation gelingt es uns, den in 2011 eingeschlagenen Kurs zu halten. Auch im Jahr 2012 ist kein Haushaltssicherungskonzept erforderlich. Allerdings benötigen wir erneut die Genehmigung der Kommunalaufsicht zur Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage. Wir zehren von der Substanz und das deutlich.

Der Ergebnisplan schließt mit Erträgen in Höhe von 18,9 Mio Euro ab, die Aufwendungen belaufen sich auf 20,5 Mio Euro, sodass sich ein Fehlbedarf in Höhe von knapp 1,6 Mio. Euro ergibt. Die Fehlbedarfe werden sich nach unserer jetzigen Planung in den Jahren bis 2015 bis auf 480.000 Euro verringern.

Das zeigt, dass nach wie vor äußerste Sparsamkeit angezeigt ist.

Zur Struktur des Haushaltsplanentwurfes:

Die Gewerbesteuerereinnahmen entwickelten sich im Jahre 2011 so gut, dass die Steuerstärke der Stadt Billerbeck neben den strukturellen Änderungen des Finanzausgleichs zu einer erheblichen Reduzierung der Allgemeinen Schlüsselzuweisung in 2012 führt.

Insgesamt nahmen die Schlüsselzuweisungen stark ab. In 2010 waren es noch 2,2 Mio. Euro, in 2011 1,1 Mio. Euro und in 2012 noch rund 90.000 Euro. Die Ursache sind zum einen unsere hohen Steuereinnahmen, zum anderen aber auch die Erhöhung des Soziallastenansatzes von 9,6 auf 15,3 Punkte, einem der Kritikpunkte in der GFG-Klage. Zugute kommt Billerbeck der neu eingeführte Flächenansatz.

Die Kehrseite der Medaille des hervorragenden Gewerbesteueraufkommens ist Ihnen bekannt. Sollte es in 2012 Steuereinbrüche geben, fehlen diese Summen und Schlüsselzuweisungen gibt es in 2012 auch keine weiteren. Die Aufwirkungen auf den städtischen Haushalt wären katastrophal. Wir rechnen in 2012 ähnlich wie in 2011 mit einem Gewerbesteueraufkommen in Höhe von knapp 5 Mio. Euro, einschließlich der beiden Grundsteuerarten planen wir 6,8 Mio. Euro ein. Damit sollten wir auf der sicheren Seite sein.

Positiv sind die kontinuierlich steigende Beteiligung an der Einkommenssteuer sowie die stabilen Erträge aus der Umsatzsteuerbeteiligung. Auf der Aufwandseite kann der Personalkostenansatz nahe unverändert bleiben. Die Kreisumlage ist mit gut 6 Mio. Euro wieder bei weitem der größte Einzelaufwandsposten. In diesem Jahr hat sich der Kreis Coesfeld bei der Festsetzung deutlich auf die Seite der Kommunen gestellt, ich hoffe, dass dies auch in den nächsten Jahren so bleibt. Dennoch muss die Stadt Billerbeck aufgrund ihrer gestiegenen Steuerkraft 172.000 Euro mehr an den Kreis zahlen.

Ich habe bereits in den Vorjahren den Vergleich der ausgepressten Zitrone bemüht. Dennoch machen wir uns auf den Weg, auch noch den letzten Tropfen zu entdecken, in dem wir uns dem Steuerungsinstrument der Ziele und Kennzahlen widmen. Eines ist sicher: Das Thema Standards wird ein zentrales Thema sein. Wir müssen die Frage beantworten, wo Standards gesenkt werden können, ohne dass wir die Entwicklung unserer Stadt aufs Spiel setzen. Ein hoch spannendes Wechselspiel.

Der gesamte Haushaltsplanentwurf 2012 orientiert sich streng an unseren Finanzplanungsdaten, ist daher auch wenig überraschend und keineswegs inspirierend.

In der Tat die Frage erlaubt: Kann es politischer Arbeit angesichts dieser Finanzsituation überhaupt noch geben?

Gibt es für uns in Billerbeck überhaupt noch Spielraum für die kommunale Selbstverwaltung, die das Grundgesetz den Kommunen verfassungsrechtlich garantiert?

Ich habe erhebliche Zweifel daran. Es ist nicht schlechtes Wirtschaften in den Kommunen, sondern der Umstand, dass den Kommunen immer neue finanzträchtige Aufgaben zugewiesen werden, ohne die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ein Beispiel ist der Ausbau der Betreuung von unter drei Jahren. Damit kein Missverständnis aufkommt: Ich halte diesen Schritt für unausweichlich und familienpolitisch dringend erforderlich. Dennoch tragen wir Kommunen einen erheblichen Teil der Kosten, obwohl der Rechtsanspruch für Kinder ab einem Jahr vom Bund ausgerufen worden ist.

Wir dürfen keine gesetzlichen Neuregelungen zulassen, die weitere unverhältnismäßig hohe Kosten auf die Kommunen abwälzen:

- Ein deutliches Ja zur U-3-Betreuung, aber nicht zu Lasten der Kommunen!
- Ein deutliches Ja zur Bildung unserer Kinder, aber nicht zu Lasten der Kommunen!
- Ein deutliches Ja zur schulischen Inklusion: Aber nicht zu Lasten der Kommunen!
- Ein deutliches Ja zum Klimaschutz, aber nicht zu Lasten der Kommunen!

Städte und Gemeinden haben nicht mehr die Zeit, um Luft zu holen. Sie werden ständig weiter belastet mit immer neuen Ideen derjenigen, die für die Umsetzung und Finanzierung dieser Vorschläge weder zuständig noch verantwortlich sein wollen.

Gleichzeitig stöhnen die Kommunen unter dem ungebremsten Anstieg der Transferleistungen. Seien es Jugendhilfe, Eingliederungshilfe oder Grundsicherung. Die Ausgaben steigen und ein Großteil wird direkt oder indirekt von den Kommunen getragen.

Daher muss auch dringend wie auch hier vor Ort landes- und bundesweit diskutiert entschieden werden, was wir uns noch leisten können, aber auch was wir uns leisten müssen. Diese Diskussion ist lange überfällig.

Wie haben wir vor Ort reagiert?

Der Aufwand unseres städtischen Haushaltes wird seit Jahren durch einen weitgehenden Verzicht auf freiwillige Leistungen verringert. Jede Ausgabe, jeder Standard steht auf dem Prüfstand. Paten übernehmen die Pflege von Grünflächen, drei Spielplätze werden geschlossen. Die Mittel aus dem

Konjunkturpaket wurden weitgehend für energiesparende Maßnahmen aufgewandt, um so den steigenden Energiepreisen zu begegnen.

Der Rat der Stadt hatte sich angesichts der finanziellen Krise im vergangenen Haushaltsjahr zu dem schmerzhaften Schritt durchgerungen, eine Anhebung der Steuersätze beschließen. Hundezählung, Anhebung der Hundesteuer, der Vergnügungssteuer, alles kleine Bausteine zur Ergebnisverbesserung, die notwendig sind, aber angesichts der Gemeindefinanzierungssystematik keine wesentliche Verbesserung herbeiführen.

Für das Jahr 2012 und die Folgejahre sehe ich folgende Schwerpunkte:

1. Bildung und Familie

So ist für uns „Sparen die richtige Mitte zwischen Geiz und Verschwendung“. Trotz schwieriger Finanzlage dürfen wir nicht auf Investitionen in Bildung und Familie verzichten, da diese eine garantierte Rendite bringen, wenn auch nicht sofort und wenn auch nicht immer in monetärer Form.

Frau Birgitt Nachbar, Mitarbeiterin im Fachbereich Soziales, absolviert gerade eine Fortbildung zur kommunalen Familienmanagerin. Sie soll künftig Ansprechpartnerin für den Bereich Familie sein und die Fäden des Lokalen Bündnisses für Familie in der Hand halten, soweit Ressourcen zur Verfügung stehen. Dabei bezieht der Familienbegriff alle Generationen ein. So wird beispielsweise bei den älteren Menschen das Thema Mobilität, auch innerstädtische Mobilität, an Bedeutung gewinnen.

Der Umzug des ToT-Jugendzentrums in das Souterrain des Realschulgebäudes muss gut vorbereitet werden, in 2012 werden diese Vorbereitungen gemeinsam mit den Billerbecker Jugendlichen beginnen. Die vorliegende Sozialraumanalyse ist eine gute Basis, um gemeinsam mit den jungen Leuten Angebote zu schärfen oder auszubauen. Im Jahr 2013 wird dieses Projekt auch im Haushalt Niederschlag finden.

Nach dem gelungenen Start unserer „Schule für Alle“ gilt es, unsere neue Schule, aber auch die beiden auslaufenden Schulen, die Don-Bosco-Gemeinschaftshauptschule und die Geschwister-Eichenwald-Realschule, weiter zu unterstützen.

Dabei soll der Gedanke eines örtlichen Netzwerkes des lebenslangen Lernens weiter verfolgt werden. Eine enge Kooperation zwischen den Kindertageseinrichtungen, der Ludgeri-Grundschule sowie der weiterführenden Schulen ist dafür die notwendige Basis.

2. Lebendige Innenstadt

Billerbeck wird nur eine lebendige Kleinstadt bleiben, wenn wir zum einen notwendige Veränderungen akzeptieren, zum anderen die Antworten auf diese Veränderungen geben und die Zukunft positiv gestalten. Da nützt kein Jammern und schon gar nicht der Ruf nach dem jeweils anderen, der die Verantwortung zu übernehmen hat. Alle Akteure haben gemeinsam Verantwortung für die

Weiterentwicklung. Der Rat der Stadt hat zunächst durch das Einzelhandelskonzept, dann durch seinen Beschluss über das integrierte Handlungskonzept Innenstadt bereits konzeptionelle Weichen gestellt. In 2012 muss nun der entsprechende Eigenanteil für die Erstellung eines städtebaulichen Leitbildes bereit gestellt werden, nachdem der Zuwendungsbescheid des Landes eingegangen ist. Das Jahr 2012 werden wir zudem nutzen, die Instrumente Citymanagement und Verfügungsfond vorzustellen und für Billerbeck zu initiieren. Doch eines muss uns allen klar sein: Ohne ausreichende, auch finanzielle Beteiligung, von Händlern, Dienstleistern, Wirten, Hauseigentümern, weiteren Unternehmern und Bürgern ist die Aufgabe nicht zu stemmen, die Innenstadt sowohl baulich als auch inhaltlich dem demographischen Wandel und den veränderten Kundenbedürfnissen anzupassen.

3. Klimaschutz

Auf Beschluss des Rates wurde nun ein Arbeitskreis eingerichtet, der den Weg zur energieautarken Kommune ebnen soll. In der Vergangenheit hat die Stadt Billerbeck selbst durch Energiesparmaßnahmen vor allem an den Schulgebäuden viel dazu beigetragen, um Energie einzusparen. Hier haben viele Billerbecker noch ein erhebliches Potential. Das durch gezielte Informationen zu heben, wird eine Aufgabe des Arbeitskreises sein. Bereits jetzt steht die die Stadt Billerbeck hinsichtlich der Stromerzeugung im Verhältnis zum eigenen Bedarf kresweit an zweiter Stelle. Auch hier ist noch Luft nach oben. Ein Freiflächen-Solarpark wurde planungsrechtlich trotz des Themas Flächenverbrauch ermöglicht, da diese Fläche ohnehin erhebliche Nutzungseinschränkungen hat.

Das Thema Windenergie ist nun nach der Katastrophe von Fukushima stark in der Diskussion. Von Goldgräberstimmung war beim diesjährigen Kreisbauerntag die Rede. Auch hier gilt es, die Interessen gut abzuwägen und vor allem die Wertschöpfung in der Region zu lassen. Dass dezentrale Energieerzeugung immer mehr an Bedeutung gewinnen wird, steht außer Zweifel. Doch gerade bei diesem wichtigen Thema ist Transparenz das Gebot der Stunde und eben nicht das schnelle Abstecken seines Claims.

4. Wirtschaft

Unsere Wirtschaftsunternehmen florieren. Das entnehmen Sie unseren hohen Gewerbesteuerereinnahmen. Nachdem mittlerweile alle zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen verbraucht sind, drängt die Zeit hinsichtlich der Ausweisung der Erweiterung des Industriegebietes Hamern umso mehr.

In 2012 soll nun das Planverfahren abgeschlossen werden. Wir haben guten Grund zur Annahme, dass dann Flächen für Betriebserweiterungen, Auslagerungen und Neugründungen zur Verfügung stehen. Eine wichtige Basis für die Entwicklung unserer Unternehmen.

Eine wichtige Nachricht: Die notwendigen Investitionen sind so geplant, dass keine Kreditaufnahmen vorgesehen sind. Demnach wird die Verschuldung im langfristigen Bereich weiter abgebaut werden können. Der Schuldenstand je Einwohner ging bereits von 2010 auf 2011 von 546 Euro auf 521 Euro zurück. Allerdings werden wir zur Sicherstellung der Liquidität aufgrund der Fehlbedarfe Kassenkredite aufnehmen müssen.

Schließen möchte ich mit einem Zitat des amerikanischen Schriftstellers Benjamin Franklin:

„Was hilft es, sich bessere Zeiten zu wünschen und zu hoffen?

Ändert euch selbst, dann ändern sich die Zeiten.“

Wir in Billerbeck sind dabei, wenn es darum geht, die Ärmel hoch zu krempeln und trotz schwieriger finanzieller Zeiten für eine hohe Qualität zu sorgen. Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich in Projekten und tragen dazu bei, dass der Stadt Billerbeck das strenge Finanzkorsett kaum anzusehen ist. Wir müssen dafür sorgen, dass das so bleibt.

Herzlichen Dank sage ich unserem Kämmerer Peter Melzner und seinem Team. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereiches Finanzen haben wieder einmal hervorragende Arbeit geleistet.

Ich wünsche uns konstruktive Haushaltsberatungen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

.